

EUROPEAN COMMISSION
DIRECTORATE-GENERAL FOR COMPETITION, UNIT A3
STATE AID REGISTRY
1049 BRUXELLES /BRUSSEL
BELGIQUE /BELGIË
REF: HT.5934

PER E-MAIL: COMP-A3-PUBLIC-CONSULTATION@EC.EUROPA.EU

STELLUNGNAHME ZUM VORSCHLAG ZUR ÜBERARBEITUNG DER ALLGEMEINEN GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNG (AGVO) DER EUROPÄISCHEN UNION

Commission Regulation (EU) No 651/2014 of 17 June 2014
November 2021

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO). Die AGVO ist ein wichtiges Vehikel zur Umsetzung des EU Green Deal und ihre Überarbeitung daher auch geboten. Wir unterstützen ausdrücklich sämtliche Anpassungen, die es ermöglichen, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen und die Ziele des EU-Klimagesetzes 2030 (*Regulation 2021/1119/EU establishing the framework for achieving climate neutrality and amending Regulations (EC) No 401/2009 and (EU) 2018/1999*) zu erreichen. Es ist vor diesem Hintergrund darauf zu achten, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu erhalten, die Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien (vormals: UEBLL) binnenmarktkonform anzupassen und dabei die Förderregime der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Die vorliegende Stellungnahme wird sich daher auf diesen Aspekt im Schwerpunkt konzentrieren.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang insbesondere die Vorschläge der Kommission, einen „Ökobonus“ für Beihilfen zur Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden zur erhöhten Anreizsetzung einzuführen, die Anmeldeschwellen zur Förderung erneuerbarer Energien anzuheben und Investitionen in grünen Wasserstoff zu erleichtern.

Wir weisen jedoch im Nachfolgenden auf Änderungsbedarfe hin, die wir als Energiedienstleister für die Industrie und Immobilienwirtschaft aus der Praxis für unabdingbar halten und bitten um wohlwollende Berücksichtigung.

GETEC WÄRME & EFFIZIENZ GmbH
Albert-Vater-Straße 50
39108 Magdeburg
T +49 (0) 391 2568 - 101
F +49 (0) 391 2568 - 120

Gesellschaft ist Organgesellschaft
des Unternehmens
G+E GETEC Holding GmbH
USt-ID DE312887210

REGISTERGERICHT
Amtsgericht Stendal
HRB 24651

UMSATZSTEUER-ID
DE292475068

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Michael Lowak
Udo Lackner
Heiko Laubheimer

BANKVERBINDUNG
UniCredit Bank AG
IBAN DE04 8602 0086 0020 3123 27
BIC HYVEDEMM495

waerme-effizienz@getec.de
www.getec-energy-services.com

Keine Höchstgrenzen bei der Beihilfeintensität (Art. 41, N. 7 AGVO)

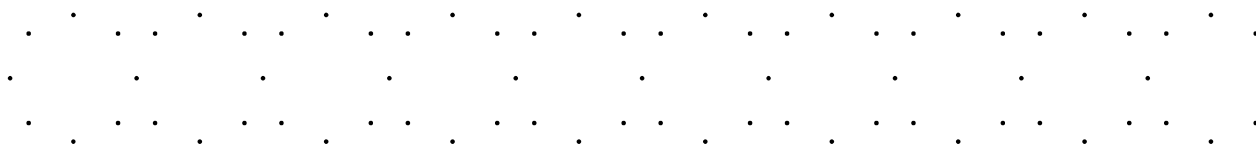
Beihilfen sollten technologie-neutral sein und in Abhängigkeit zur CO₂-Minderung gewährt werden. Dieser europäischen Stoßrichtung, die auch die Kommission im Grundsatz verfolgt, sollte man treu bleiben. Solange die Klimaschutzziele erreicht werden, dürfen Unternehmen mit höheren Investitionsvolumen nicht benachteiligt werden. Deshalb sollte es keine Höchstgrenzen bei der Beihilfe geben. Höhere Investitionsvolumen leisten durch Kostenregression einen Beitrag zur Steigerung der Effizienz sowohl für das Unternehmen selbst als auch für den Markt, wie sich anhand des Ausbaus von Photovoltaik und der Windkraft an Land zeigt. Eine solche Gruppenfreistellung für Investitionskosten (als relative Höchstgrenze) darf nicht alleine nur für die Energiebesteuerung gemäß EU-Energiesteuerrichtlinie (*Directive 2003/96/EC restructuring the Community framework for the taxation of energy products and electricity*) gelten, sondern muss grundsätzlich in den Umweltschutzbeihilfen verankert sein.

Beihilfen müssen immer auch einen wirksamen Beitrag zur Stärkung der Akzeptanz des Pfades zur Klimaneutralität und zur Vermeidung sozialer Benachteiligung leisten können. Die Begrenzung der Förderintensität auf 45 Prozent beim Umstieg auf erneuerbare Energien führt im Bereich der erneuerbaren Wärme dazu, dass am Ende die Endverbraucher (Mieter, Selbstnutzer) mit 55 Prozent höheren Kapitalkosten (Grundpreis) belastet werden. Bei einem Anteil der Kapitalkosten von 30 bis 50 Prozent sind das dauerhafte Preissteigerungen von bis zwischen 15,0 und 27,5 Prozent.

Ebenso erscheint die Förderung von Wasserstoffprojekten nicht ausreichend, da hier ein Großteil der Kosten vom Bezug des Grünstroms verursacht werden. Hier ist sowohl eine Erhöhung der Förderung des Investitionsvolumens als auch starke Entlastungen bei den Stromkosten angeraten.

Anhebung der Förderhöhen (Art. 37, N. 4 AGVO)

Die Höhe der Förderung innerhalb der AGVO reicht nicht aus, um eine wärmietenneutrale Sanierung von Heizungsanlagen auf den geforderten Standard zu erreichen. Es gibt keine hinreichende Anreizwirkung, weil Unternehmen in der Weise operieren müssen, dass die Mehrbelastungen in



ENERGIE FÜR MEHR.

GETEC

Seite 3-5

irgendeiner Form ausgeglichen werden müssen. Das ist auch wichtig, um die Sozialverträglichkeit im Blick zu behalten.

Deshalb sollten Förderungen über dem derzeitigen Niveau ermöglicht werden, ohne das aufwändige Verfahren der Notifizierung durchlaufen zu müssen. Gerade in der Anlaufphase neuer Technologien braucht es höhere Förderungen, um die Wettbewerbsfähigkeit effizienterer und/oder treibhausgasneutraler Technologien zu stärken. Es geht dabei immer darum, die Differenzkosten zu fossil betriebenen Anlagen und/oder treibhausgasintensiven Technologien auszugleichen.

Die zuwendungsfähigen Netto-(Mehr)Kosten für kleinere und mittlere Unternehmen sollten von 30 auf 40 Prozent angehoben werden. Die zuwendungsfähigen Netto-(Mehr)Kosten für große Unternehmen (mehr als 500 Mitarbeiter) sollten von 20 auf 30 Prozent angehoben werden.

Darüber hinaus sollte ein Mechanismus zur Inflationsanpassung bei den Förderhöhen geprüft werden. Mit Blick auf die Zulässigkeit von Betriebsbeihilfen, die Anrechnung von Betriebseinnahmen und die Schwellenwerte halten wir eine Unterscheidung zwischen einzelnen Sektoren für nicht sinnvoll.

Begrenzung der Höchstdauern (Art. 27, N. 7 AGVO)

Gerade für Investitionen in großindustrielle Anlagen sehen wir die von der Kommission geplante Begrenzung der Höchstdauern von zahlbaren Beihilfen auf zehn Jahre sehr kritisch. Zum einen sind die Abschreibungszeiträume für solche Anlagen deutlich länger und bedürfen einer großzügigeren Planungssicherheit. Zum anderen nimmt die Wirtschaftlichkeit solcher Anlagen dann ab, wenn innerhalb dieser zehn Jahre die Abgaben und Umlagen aus unterschiedlichen Gründen steigen sollten und Förderungen nach Ablauf von zehn Jahren ersatzlos entfallen müssen. Denkbar wäre, die Höchstdauern auf Antrag vorzeitig verlängern zu dürfen.

Komplexitätsreduktion der Mehrkostenberechnung über kontrafaktische Szenarien (Art. 36, N. 5 AGVO)

Der Vorschlag der Überarbeitung der AGVO für Beihilfen des Umweltschutzes beinhaltet „kontrafaktische Szenarien“ zur Berechnung der förderfähigen Mehrkosten. Diese Berechnungsvorschriften erhöhen den

Aufwand zur Antragstellung, ohne CO₂-Einsparungen stärker zu fördern oder Mitnahmeeffekte zu verhindern. Es ist wahrscheinlich, dass Unternehmen das kontrafaktische Szenario präsentieren, welches die höchste Förderquote verspricht und nicht dasjenige, welches ohne Förderung höchstwahrscheinlich umgesetzt werden würde. Wir schlagen daher eine drastische Vereinfachung analog zu Artikel 41 AGVO vor. Einfache und damit schnelle Prozesse sollten angesichts der Dringlichkeit der Energiewende Vorrang vor nicht zielführender Genauigkeit haben. Dies ist vor allem auch im Sinne der KMU.

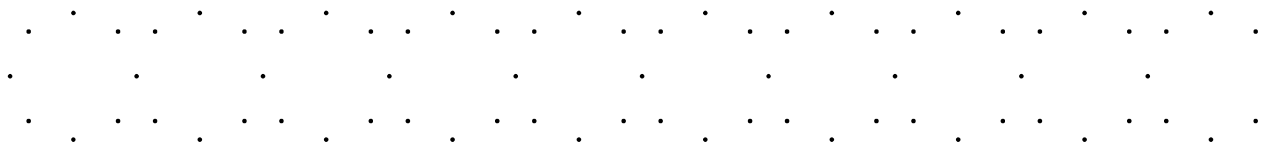
Verstärkung des Anreizes zur Umstellung von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Wärme und Kälte (Art. 41 & Art. 43 AGVO)

Da bis zum Erreichen der Klimaneutralität nach deutscher Rechtslage nur noch 23 Jahre bzw. nach europäischer Rechtslage 28 Jahre bleiben, Investitionsgüter im Energie- und Infrastrukturbereich 20 bis 40 Jahre Nutzungsdauer haben, muss der Ersatz vor Ende der Nutzungsdauer stärker angereizt werden. Ein wesentlicher Beitrag wäre geleistet, wenn alle Investitionskosten im Rahmen der Modernisierung der Anlage förderfähig sind (gleichbedeutend mit Entfall Art. 41 Ziff. 6. AGVO). Damit würde auch die Antragstellung wesentlich vereinfacht.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass der Einsatz erneuerbarer Primärenergien (Strom, Biomasse usw.) oder die Nutzung neuer Technologien (Brennstoffzellen) aktuell noch zu höheren Betriebskosten als die Nutzung fossiler Energieträger führt. Hier ist zumindest übergangsweise (bis zur Parität mit fossilen Energien inklusive CO₂-Kosten) eine Ausweitung bzw. Flexibilisierung der Förderung nach Art. 43 AGVO auf alle Nutzenergiearten und Technologien notwendig.

Enge Verzahnung mit Förderung der OPEX besonders für Wasserstoff und anderer PtX-Konzepte

Um neue Technologien basierend v.a. auf Grünstrom (PtX) in den Markt zu bekommen, müssen Beihilfen für die Investition (Capex) mit den späteren Betriebskosten (Opex) möglich und kohärent zueinander sein. Gerade in der Hochlaufphase dieser Technologien sind höhere Investitionen und damit Förderungen nötig sowie eine enge Verzahnung mit der Kostenentlastung für Grünstrom, welcher einen Großteil der Kosten für diese Konzepte



ENERGIE FÜR MEHR.

GETEC

Seite 5-5

ausmacht. Um marktorientierte und damit zielführende OPEX-Förderungen zu erreichen, befürworten wir degressive Modelle (lineares Abschmelzen), flexible degressive Modelle (Korridore für das Abschmelzen) bzw. Differenzverträge.

Zur GETEC Group

Die GETEC Group ist einer der führenden Energieversorger und Contracting-Spezialisten für Industrie und Wohnungswirtschaft in Deutschland und Europa. Mit über 2.000 Mitarbeitenden werden über 11.500 Anlagen mit einer thermischen Gesamtleistung von mehr als 5,4 GW betreut. Die GETEC Group ist ausgehend von den vier regionalen Plattformen Deutschland, Italien, Schweiz und Niederlande in insgesamt acht Ländern der EU aktiv, sowie in der Schweiz. Sie versorgt damit über 1 Mio. Menschen mit Wärme, Kälte und Strom.